

BUNDESTAGSABGEORDNETE BEIM WERFTAUSSCHUSS

Fragen zur Schiffbaufinanzierung völlig neu denken

Am 10. November wurde die Bundestagsabgeordnete und Koordinatorin der Bundesregierung für maritime Wirtschaft und Tourismus, Claudia Müller (Bündnis 90/Die Grünen), zur gemeinsamen Sitzung mit dem zeitweiligen Ausschuss Volkswert begrüßt. Der Anregung von Michael Adomeit im Frühjahr folgte der Wirtschaftsausschuss und beschloss, Frau Müller zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem zeitweiligen Ausschuss Volkswert einzuladen.

Schon die Namen beider Ausschüsse und die Funktion von Frau Müller gaben bereits den Themenrahmen vor. Dies und sicher die Situation der Werft und der Tourismusbranche in unserer Region, erregte für eine Ausschusssitzung ein außergewöhnliches Zuschauerinteresse.

Zum Einstieg in das Thema der maritimen Wirtschaft stellte Frau Müller dar, dass die Regierung stärker als bisher den Fokus auf die maritime Wirtschaft richtet, eine Neubewertung des Schiffbaus in Deutschland vornimmt und die Fragen zur Schiffbaufinanzierung völlig neu zu denken hat. Finanzierungsvolumen von mehreren hundert Millionen Euro bis zu einer Milliarde Euro für Spezialschiffe können nur mit Großbürgerschaftsprogramme finanziert werden. Bisher stehen für Exportgeschäfte Hermes Kredite (Exportkreditgarantie) und CIRR-Kredite zur Zinsrisikoabsicherung zur Verfügung. Jedoch richten sich diese Förderprogramme nicht an die Werften, sondern an die Auftraggeber. Leider sehen diese

Programme nicht die Bindung an einen Standort vor, sondern an Fahrzeiten des fertiggestellten Schiffes in bestimmten Regionen.

Mit speziell ausgerichteten Förderprogrammen unterstützt die Bundesregierung mittels Zuschüssen und Darlehen die einheimische maritime Wirtschaft sowie die Aus- und Weiterbildung von Schiffsmechanikern und Offizieren (auch weiblich). Von den erwähnten 15 Förderprogrammen sind aus Platzgründen hier nur drei angeführt. 1. Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze – BAFA, 2. Ausbildungsplatzförderung in der deutschen Seeschifffahrt – BSH und 3. Bau von Betankungsschiffen für LNG und nachhaltige erneuerbare Kraftstoffalternativen in der Schifffahrt (Betankungsschiff RL) – BFA.

Vor dem Hintergrund, dass es von den 34 in der EU zugelassenen Schiffsrecyclingstandorten nicht einen in Deutschland gibt, könnte das Thema Schiffsrecycling durchaus Bedeutung für den maritimen Gewerbe- und Volkswert erlangen. Jedoch haben vor allen die Abwrackwerften in Asien gegenüber einem hiesigen Standort deutliche Vorteile bei der Nachfrage nach Stahl, den Arbeitskosten und -bedingungen. Die EU hat angekündigt, im Rahmen der vorgesehenen Evaluierung der EU-Schiffsrecyclingverordnung finanzielle Anreizsysteme zu prüfen. Chancen für die regionale maritime Industrie bestehen u.a. in der Aufgabe, die Küsten- und Binnenschiffe nachhaltig

und technologieoffen (Schadstoffminimierung, alternative Antriebe) zu modernisieren. So gibt es einen Bedarf, ca. 400 Küstenmotorschiffe auf Gasbrennstoff umzurüsten. Das zeigt, Arbeitsmöglichkeiten, jenseits von Gigaprojekten gibt es.

Die Ausführungen von Frau Müller, dass in der maritimen Industrie vor allem Konstruktionskapazitäten fehlen, konnten der Gewerkschaftler (IGM) Herr Fröschke und der Betriebsrat Herr Fischer so nicht stehen lassen, denn allein unter den Gästen befanden sich zwei Konstrukteure, die Arbeit suchen und nicht aus der Region fort wollen...

Zu dem Themenkomplex Tourismus war die Position von Frau Müller eindeutig. Der Tourismus braucht dringend Unterstützung, jedoch ist diese Aufgabe nur arbeitsteilig zwischen Bund und Land zu bewältigen. Der Bund schafft die Rahmenbedingungen, die Länder sind für die Entwicklung und Vermarktung zuständig. So plant beispielsweise die Landesregierung in Schwerin als erstes Bundesland ein Tourismusgesetz. Die Antwort der Bundesregierung auf die seit etwa einem Jahr hochschnellenden Energiepreise ist der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes. Hieraus werden bis zu 200 Milliarden Euro für die Strom- und Gaspreisbremse bereit gestellt. Davon profitiert das Gastgewerbe unmittelbar sowie andere Branchen auch. Darüber hinaus sind zusätzliche Maßnahmen für Unternehmen vorgesehen, welche nur unzureichend von der

Strom- und Gaspreisbremse erreicht werden können. Zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in strukturschwachen Regionen können einzelbetriebliche Investitionen zum Ausbau der touristischen Infrastruktur gefördert werden. Diese Entscheidung liegt bei den Ländern, wobei die Finanzierung je zur Hälfte vom Bund und Land erfolgt. Von 2017 bis 2021 sind so für den Tourismus in unserem Bundesland knapp 300 Millionen Euro solcher Fördermittel (GRW) bewilligt worden. Das entspricht etwa 38% aller in M-V in diesem Zeitraum bewilligten GRW-Mitteln und stellt die dritthöchste Quote dieser Mittel im Vergleich zu den anderen Bundesländern dar. Als Beispiele zu Fördermaßnahmen in unterschiedlichen Kategorien sind u.a. angeführt worden. 1. ohne Einnahmen zu generieren: Wander-, Rad- und Reitwege, unentgeltliche Informationszentren, Promenaden, Seebrücken, unentgeltliche Bootsanlegestellen, 2. mit Einnahmen: Schlechtwetterfreizeitangebote, kleine örtliche Museen und 3. als einnahmenschaffende Maßnahmen: Bäderanlagen, Thermalbäder oder Basisinfrastruktureinrichtungen mit touristischem Bezug.

Den anschließenden Meinungsaustausch nutzen einige Ausschussmitglieder, um darzustellen, dass die Verwaltung und die Bürgerschaft in diesen schwierigen Zeiten alles Erdenkliche unternimmt, um Stralsund voran zu bringen. Herr Rademacher als Vertreter der IHK meldete sich, um auf



Bernd Buxbaum. Foto: privat

die dramatische Situation im Tourismus hinzuweisen und indirekt die Bürgerschaftsmitglieder kritisch hinsichtlich der geplanten Bettensteuer anzusprechen. Wie schwierig die Lage für den Handel ist, berichtete Herr Grundke als Geschäftsführer eines Elektronikfachmarktes am Beispiel seines Unternehmens, das nun erstmals rote Zahlen schreibt. Dem Handel bliebe derzeit nur die Hoffnung auf ein rettendes Weihnachtsgeschäft.

Allen Anwesenden war klar, dass Frau Müller weder Arbeitsplätze noch Aufträge für die maritime Wirtschaft oder den Tourismus regnen lassen kann. Gleichwohl können solche Treffen Impulse und Anregungen geben, mit welchen Mitteln die maritime Wirtschaft und der Tourismus in Stralsund Antworten auf die aktuellen Herausforderungen finden kann. Mit Dank für ihr Kommen wurde Frau Müller verabschiedet.

Bernd Buxbaum
Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Tourismus
und Gesellschafteraufgaben

(LKV-R) Aus der Nachbarschaft südlich des Stralsunder Zentralfriedhofs wurden seit dem Frühjahr 2022 immer wieder Ratten gesichtet. Das Areal rund um den „Müllcontainerplatz“ ist nicht nur optisch eine Belastung für Anwohnende, sondern zunehmend ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko. Wo sich Küchenabfälle, Haushalts- und Sperrmüll ungeschützt ansammeln, werden über kurz oder lang Schädlinge angezogen. Nach § 2 Nr. 12 des Infektionsschutzgesetzes gehören Ratten als Überträger vieler Krankheiten zu diesen Gesundheitsschädlingen: Neben Hantaviren oder Salmonellen, die für Menschen gesundheitsgefährdend sind, zählen dazu auch

RATTENPOPULATION WÄCHST

Müllsammelplatz Knieper West III

solche Erreger, die Tierseuchen wie Schweine- und Geflügelpest auslösen. Insgesamt wird Ratten die Übertragung von etwa 120 Infektionskrankheiten zugeschrieben. Hinzu kommt, dass sich innerhalb eines Jahres aus einem Rattenpaar insgesamt mehrere hundert Nachkommen ergeben können, wenn die Lebens- und Umweltbedingungen stimmen. Daher arbeitet der Fachdienst Gesundheit des Landkreises Vorpommern-Rügen Hand in Hand mit dem Fachdienst Umwelt sowie dem Ordnungsamt der Hansestadt Stralsund zu-

sammen: Um die weitere Ausbreitung der Rattenpopulation zu verhindern und somit das Infektionsrisiko zu minimieren, hat das Gesundheitsamt des Landkreises Vorpommern-Rügen die verantwortlichen Hausverwaltungen bzw. Vermieter kontaktiert und aufgefordert, die Rattenbekämpfung einzuleiten. Dazu sind Eigentümer von Grundstücken und Gebäuden laut der Landesverordnung zur Bekämpfung von Gesundheitsschädlingen (§ 2 GesSchäBLVO M-V) verpflichtet. Dafür muss eine Fachfirma zur Schädlingsbekämpfung auf dem

Gelände beauftragt werden, da nach der Schädlingsbekämpfungsvorschrift Mecklenburg-Vorpommern ausschließlich Fachbetriebe diese Aufgabe durchführen dürfen (§ 4 und 5 GesSchäBLVO M-V).

Während Ratten normalerweise die Kanalisation bevorzugen, können sie beispielsweise aufgrund von Baustellen aus ihrem gewohnten Lebensraum vertrieben werden. Die REWA kommt der gezielten Schädlingsbekämpfung in ihrem Zuständigkeitsbereich auch nach. Die bislang durchgeführten Maßnahmen können in dem be-

troffenen Wohngebiet jedoch nicht greifen, wenn die hygienischen Zustände vor Ort die Rattenansiedlung zugleich befördern. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann selbst dazu beitragen, einen Rattenbefall zu vermeiden, wenn zum Beispiel Speisereste und Lebensmittel nicht in der Toilette, sondern in der Biotonne entsorgt werden. Mülltonnen generell geschlossen gehalten werden. Gelbe Säcke erst am Abholtag nach draußen gestellt werden gebrauchte Habseligkeiten als Sperrmüll beim Entsorgungsdienst angemeldet und erst kurz vor dem Termin an die Straße gestellt werden, damit kein Sammelplatz entsteht, der Ratten Unterschlupf bietet.